

"Niemand wird sein Leid beweisen müssen." Artikel von Manuela Hess über den Soforthilfefonds und Grossrätin Christine Häslar in der Jungfrau Zeitung, Interlaken, 30. Januar 2014  
URL: <http://www.jungfrauzeitung.ch/artikel/129177/>  
(Stand 4. Februar 2014)

---

## Jungfrau Zeitung

- Artikel Nr. 129177
- 30.1.2014 – 17.02 Uhr
- Autor/in: [Manuela Hess](#)

Burglauenen, 30. Januar 2014

### «Niemand wird sein Leid beweisen müssen»

Seit vielen Jahren setzt sich Christine Häslar für ehemalige Verdingkinder und Opfer administrativer Zwangsmassnahmen ein. Nun zahlt sich ihr Engagement aus: Ein Soforthilfefonds wurde eingerichtet. Im Interview erklärt die Burglauenerin, wie wichtig die öffentliche Wahrnehmung für die Betroffenen ist.



*«Man muss sich ständig mit der Vergangenheit auseinandersetzen» –  
Christine Häslar, Grüne-Grossrätin aus Burglauenen. Fotos: Christoph Buchs*

**Jetzt nimmt endlich Formen an, wofür Sie lange gekämpft haben. Eine Erleichterung?**

**Christine Häslar:** Ja, ich freue mich sehr darüber, dass sich jetzt nach so langer Zeit etwas tut. Für andere, Betroffene oder Angehörige von Betroffenen, die sich auch stark engagieren, ist das natürlich noch extremer. Es ist wichtig und für die Opfer von damals unglaublich wertvoll, dass Bewegung in das Thema kommt und die Öffentlichkeit das wahrnimmt. Das ist ein grosser Unterschied zu früher.

**Als Sie 2006 den ersten Vorstoss einreichten, schenkte man Ihnen kaum Gehör.**

Ich stiess auf viel Unverständnis. Die Regierung beantragte, den Vorstoss abzulehnen. Die Haltung war: Was damals passiert ist, war vielleicht nicht anständig, aber jetzt kann man ja auch nichts mehr tun.

### **Das Thema Verdingkinder wurde heruntergespielt?**

Ja, sehr lange nahm man es nicht ernst. Es brauchte schon fast eine neue Generation von Betroffenen, die um Gehör kämpfte. Guido Fluri zum Beispiel, selbst ein ehemaliges Heimkind, der inzwischen erfolgreicher Unternehmer ist und eine Stiftung gründete, die sich unter anderem gegen Gewalt an Kindern einsetzt.

### **Für die Betroffenen muss es anstrengend gewesen sein, dass das Thema in den letzten Jahren immer wieder aufkam, bis man jetzt endlich handelt.**

Das ist bestimmt so. Andererseits habe ich bei Betroffenen, die ich persönlich kenne, immer wieder festgestellt, wie wichtig und wertvoll es für sie ist, dass sich jemand damit auseinandersetzt und man ihnen zuhört. Ausserdem ist es ja schon grundsätzlich sehr belastend und anstrengend, mit einem solchen Schicksal fertig zu werden.

Es ist für die Opfer von damals unglaublich wertvoll, dass jetzt Bewegung in das Thema kommt und die Öffentlichkeit ihr Schicksal wahrnimmt.

### **Wie gross ist Ihr Anteil daran, dass sich Betroffene und die Regierung jetzt zusammensetzen und konkrete Lösungen ausarbeiten?**

Ich habe nur ein kleines Puzzleteil dazu beigetragen, selbst wenn ich mich über Jahre hinweg engagiert habe. Auch in anderen Kantonen waren Leute aktiv, Betroffene wie Guido Fluri setzten sich stark ein, der «Beobachter» und andere Redaktionen wie die Jungfrau Zeitung nahmen sich diesem Thema immer wieder an. Es spielten also viele Kräfte zusammen, sodass man sich heute endlich konkret darum kümmert, die Opfer zu entschädigen – soweit das überhaupt möglich ist.

### **Manche Betroffene mussten während der Zeit als Verdingkinder oder Versorgte grosses Leid ertragen, das sich weder entschuldigen noch durch Geld entschädigen lässt. Trotzdem: Wie wertvoll ist es nun für sie, dass ein Fonds eingerichtet wird?**

Wenn jemand aufgrund seines Schicksals psychisch, gesellschaftlich, wirtschaftlich oder auch was die Bildung anbelangt in Schwierigkeiten geraten ist und ein Leben am Rande der Gesellschaft und vielleicht in wirtschaftlicher Armut führen muss, ist es angemessen und richtig, dass man wenigstens versucht, dieser Person den Alltag zu erleichtern. Viele sind froh, wenn sie wenigstens insofern Hilfe bekämen, damit sie wirtschaftlich abgesichert sind. Manche wollen aber auch gar kein Geld, weil sie sagen, Geld helfe ihnen nicht. Das Giesskannenprinzip, bei dem allen eine Entschädigung zustünde, steht für mich deshalb nicht im Vordergrund.

### **Die Opfer müssen ein Gesuch stellen, um finanzielle Unterstützung zu beantragen. Läuft man nicht Gefahr, durch den damit verbundenen Prozess zu sehr in den Wunden der Vergangenheit herumzustochern?**

Das wird in der Tat heikel. Aber anders als über ein Gesuch kann es wohl nicht funktionieren. Und so haben die Betroffenen die persönliche Freiheit zu entscheiden, ob sie den Schritt machen wollen oder nicht. Oft wollen ja genau die Leute, welche die Hilfe am dringendsten bräuchten, sie nicht in Anspruch nehmen. Jene, die den Schritt dann aber wagen, werden ihr Leid nicht beweisen müssen: Das Schicksal von Verding- oder Heimkindern und von jungen Frauen, die versorgt, eingesperrt oder zwangssterilisiert wurden, wurde durch administrative Zwangsmassnahmen besiegelt, und diese kann man auch heute noch zurückverfolgen.



*Nachdem sich Christine Häslar bereits 2006 mit einer Motion für die Anliegen ehemaliger Verdingkinder stark machte, wird nun ein Soforthilfefonds eingerichtet.*

**Das Ziel des Soforthilfefonds ist nun, dass in dringenden Fällen bereits ab dem kommenden Sommer Gelder an die Opfer fließen. Ist das realistisch?**

Ich glaube schon. Im Hintergrund denkt man über eine Volksinitiative für eine endgültige Fonds-Lösung für die Betroffenen nach, auch ich bin darin involviert. Das heisst, es gibt einen gewissen politischen Druck, was zur Folge haben wird, dass man jetzt handeln muss. Vielleicht ist der Sommer zeitlich etwas zu optimistisch, aber es wird bestimmt nicht wieder Jahre dauern, da bin ich zuversichtlich.

**Auch wenn es jetzt schnell gehen soll – für viele kommt die Hilfe zu spät. Wie empfinden Sie das, nachdem Sie schon vor acht Jahren für die Betroffenen zu kämpfen begannen?**

Es ist unglaublich traurig für alle, die verstorben sind ohne mitzubekommen, dass die Öffentlichkeit ihr Schicksal endlich wahrnimmt und ihnen Respekt entgegenbringt. Im Laufe der Jahre lernte ich immer wieder Betroffene kennen, und manche von ihnen sind nicht mehr unter uns. Ihnen konnten wir nicht mehr helfen. Aber ich habe das Gefühl, indem sie sich auch selbst für ihre Anliegen stark machten, andere über das Thema informierten und sensibilisierten, konnten sie sich wenigstens selbst ein wenig helfen.

### **Der Soforthilfefonds dient lediglich als Übergangslösung. Was ist langfristig der richtige Weg, um Betroffenen zu helfen und wenigstens finanziell unter die Arme zu greifen?**

Die richtige Lösung ist jene, die die Betroffenen selbst am runden Tisch zusammen mit Vertretern von Kanton und Bund ausarbeiten. Nachdem sie lange ertragen mussten, wie man über sie und ihr Schicksal bestimmte, muss man sie und ihr Umfeld nun sehr intensiv miteinbeziehen. Am runden Tisch wird das der Fall sein. Die Aufgabe des Staates ist hier, die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um ihren Bedürfnissen gerecht zu werden.

### **Hat der Kampf um Gehör und Respekt für Verdingkinder und Versorgte mit dieser Lösung ein Ende?**

Diese Thematik hat nie ein Ende. Wir müssen uns vor Augen halten, dass es nicht nur um die Vergangenheit geht. Auch heute noch haben wir dieselben Aufgaben und müssen die richtige Entscheidung treffen, wenn ein Kind – aus welchem Grund auch immer – nicht zu Hause bleiben kann. Es ist wichtig, sich ständig mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen und gleichzeitig zu hinterfragen, ob jene Massnahmen, die wir heute treffen, die richtigen sind.

### **Zur Person**

Christine Häsler (51) wohnt in Burglauenen. Seit 2002 sitzt sie für die Grünen im Grossen Rat, seit 2006 ist sie Fraktionspräsidentin der Grünen Kanton Bern. 2006 machte sie sich mit einem Vorstoss erstmals bei der Regierung für Verdingkinder im Kanton Bern stark und forderte den Regierungsrat in einer Motion auf, deren Geschichte aufzubereiten. Der Regierungsrat lehnte ab. Als sie aus ihrem Anliegen ein Postulat machte, fand dieses schliesslich Gehör. Bundesrätin Simonetta Sommaruga entschuldigte sich schliesslich 2013 öffentlich bei den Opfern.

Beruflich ist Christine Häsler als Leiterin Public Affairs bei den Kraftwerken Oberhasli (KWO) tätig. Daneben setzt sie sich auch für Kunst und Kultur ein: So ist sie Stiftungsratspräsidentin des Kunsthhauses Interlaken und Schulratspräsidentin der Schule für Holzbildhauerei in Brienz. Christine Häsler ist geschieden, hat vier Kinder im Erwachsenenalter sowie eine Enkelin.

### **Runder Tisch legt Kriterien der Soforthilfe fest**

Ab Sommer werden Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen Gesuche für Soforthilfe einreichen können. Im Herbst sollen die ersten Betroffenen Soforthilfe aus dem dafür eingerichteten Fonds erhalten, den die Glückskette verwaltet. Dies beschloss der runde Tisch an seiner dritten Sitzung, wie das Bundesamt für Justiz mitteilt.

Der runde Tisch, den Bundesrätin Simonetta Sommaruga im Frühling 2013 eingesetzt hatte, hat die Einrichtung eines Soforthilfefonds an seiner zweiten Sitzung im Oktober beschlossen. Gemäss den nun verabschiedeten Kriterien können Betroffene Soforthilfe erhalten, deren persönliche Integrität durch eine vor 1981 angeordnete oder vollzogene fürsorgerische Zwangsmassnahme verletzt worden ist. Massgebend ist die heutige finanzielle Situation: Soforthilfe wird nur für Personen geleistet, die sich gegenwärtig in einer finanziellen Notlage befinden. Wie hoch die Soforthilfe-Leistungen sein werden, hängt namentlich vom verfügbaren Gesamtbetrag und von der Anzahl der Gesuche ab. Der runde Tisch geht davon aus, dass ein Gesamtbetrag von 7 bis 8 Millionen Franken zur Verfügung stehen wird. Vorgesehen sind einmalige Beiträge in der Grössenordnung zwischen 4000 und 12'000 Franken. Mittelfristig strebt der runde Tisch eine definitive Regelung an und prüft zu diesem Zweck die Einrichtung eines Härtefall- oder Solidaritätsfonds. (pd)